

Amts- und Anzeigengeblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.00 einschließlich des Postzuschlages. Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Postanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshäbel, Neuheide, Oberstüngen, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterstüngen, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die Doppelpolige Seite 20 Pf., die einfache Seite 10 Pf. Im Anzeigenteil die Seite 50 Pf. Im amtlichen Teile die Doppelpolige Seite 50 Pf. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gebühr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht erhoben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

66. Jahrgang.

N 156.

Donnerstag, den 10. Juli

1919.

Kleinhandelshöchstpreise für Zucker.

Auf Grund des Gesetzes über eine vereinfachte Form der Gesetzgebung für die Zwecke der Ubergangswirtschaft vom 17. April 1919 (R. G. Bl. S. 394) ist vom Reichsernährungsministerium mit Zustimmung des Staatenausschusses und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses der Preis für gemahlene Melis beim Verkaufe durch Verbrauchszuckerfabriken mit Wirkung vom 1. Juli 1919 ab auf der Grundlage von 44,80 Mark für 50 kg ohne Sack ab Magdeburg einschließlich der Verbrauchssteuer festgesetzt worden.

Infolgedessen macht sich auch eine Neufestsetzung der Kleinhandelshöchstpreise für Zucker erforderlich.

Es dürfen bei der Abgabe von Zucker im Kleinverkauf folgende Preise nicht überschritten werden:

Für gemahlene Melis I und Kristallzucker	56 Pfg. für 1 Pfd.
„ gemahlene Raffinade	58 „ „ 1 „
„ Ruderzucker	60 „ „ 1 „
„ Brehwürfel	62 „ „ 1 „
„ Schnittwürfel	63 „ „ 1 „
„ Stückenlampen	60 „ „ 1 „
„ Brotzucker	60 „ „ 1 „
„ Randis, braun	72 „ „ 1 „
„ Randis, weiß	74 „ „ 1 „
„ Randis, schwarz	74 „ „ 1 „

Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen.

Die neuen Kleinhandelspreise treten mit dem Tage der Verkündung dieser Verordnung in Kraft. Am gleichen Tage treten die Verordnungen vom 28. Oktober 1918 und vom 29. März 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 252 und 74) außer Kraft.

Dresden, den 8. Juli 1919.

377b V L A 1c.

Wirtschaftsministerium.

7423

Landeslebensmittelamt.

Saatgutverkehr mit Getreide und Hülsenfrüchten aus der Ernte 1918.

1. Der Bezirksverband weist erneut darauf hin, daß die Abschnitte A der belieferten Saatkarten vom Verkäufer des Saatguts an die Reichsgetreidestelle Mt. Saatgutverkehr in Berlin und die Abschnitte B und C sowie die nicht belieferten Saatkarten unter Einschreiben an den Kommunalverband zurückzugeben sind.

Sind Saatkarten verloren gegangen, so ist dies unverzüglich dem Bezirksverband unter Angabe der Buch- und Seitenzahl anzuzeigen.

2. Saatgut, das sich noch im Besitze von Verbrauchern befindet, ist sofort schriftlich dem Bezirksverbande unter Angabe von Art und Menge zur Abnahme anzumelden.

Schwarzenberg, am 7. Juli 1919.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg.

Dr. Raefner.

Ratifizierung des Friedens.

Die letzte Formalität zum Friedensschluß wird jetzt bei uns erfolgen, der Vertrag wird vom Reichspräsidenten vollzogen werden, nachdem er von der Nationalversammlung verfassungsmäßig genehmigt worden ist. Das ist, wie gesagt, nur eine Neußerlichkeit, denn das prinzipielle Einverständnis und die bedingungslose Annahme der Friedensbedingungen ist von der Volkvertretung bereits am 23. Juni ausgesprochen worden, worauf bekanntlich die Unterzeichnung in Versailles am 28. Juni erfolgte. Die Entente wird nun hauptsächlich wahrnehmen, was für die Ratifizierung zugesagt war, nämlich die endliche Aufhebung der Blockade und die beschleunigte Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen, und nicht abermals Vorwände finden, diese Ordnung noch hinauszuschieben.

Zu diesem Frieden nochmals Kritiken zu erheben, ist nutzlos für uns; wir können nur abwarten, ob sich in anderen Parlamenten keine Stimme der Gerechtigkeit erheben wird. Die Entente-Regierungen haben es nicht für nötig gehalten, bei dieser Gelegenheit auch nur ein einziges verständliches Wort zu sprechen. Im Gegenteil! Lord Lloyd George hat sogar im Londoner Parlament hinzugesetzt, daß in Deutschland ein Exempel statuiert werden müsse, um für die Zukunft jeden anderen Staat von einem solchen „Kriegsverbrechen“ abzu-schrecken. Solche Worte müssen wir uns gefallen lassen. Unsere Hoffnung kann nur sein, daß wenigstens der Teil der feindlichen Völker, der durch Handel und Verkehr wieder in nähere Beziehungen zu uns tritt, zu der Erkenntnis kommen wird, daß wir Deutschen nicht so schwarze Seelen haben, wie der offizielle feindliche Regierungshatz sie uns andichtet.

Aber wenn auch zum Friedensvertrage nichts Neues mehr zu sagen ist, so wird doch wohl noch manches Wort zu dem neuen Dreibund fallen, den Frankreich, England und die nordamerikanische Union miteinander abgeschlossen haben zum Schutze Frankreichs gegen einen nicht provozierten deutschen Angriff. Und als Angriff soll schon gelten, wenn wir im Rheinland wieder Befestigungen anlegen. Das ganze klingt fast wie Hohn, wenn nicht der französische Chauvinismus daraus spräche, daß Deutschland 60, Frankreich aber nur 40 Millionen Einwohner hat. Der eigentliche Grund dieser Abmachung ist ein Gewaltbund dieser drei Mächte, deren schönen Gedanken vom Völkerbund schon durchlöchert, bevor der letztere da ist. Wie muß sich das Deutsche Reich im Völkerbund eingeeignet fühlen, wenn es weiß, daß die drei stärksten Militärmächte der Welt es auch jetzt noch mißtrauisch betrachten und mit gezogener Säbel neben ihm stehen?

Den interessiertesten Völkern, ja allen Nationen der Erde, wird bei diesem neuen Dreibund aber

sicher Erleichterung darüber kommen, daß der Friedensvertrag von Versailles nicht den Weltfrieden des Rechts bedeutet, denn sonst hätte ihm gewiß nicht eine neue Militär-Konvention zu folgen brauchen, die unsehnbare Folgen haben kann. Die Amerikaner wollen Geld verdienen, und dazu brauchen sie den Frieden. Es wird ihnen kaum sehr behagen, für uferlose Pläne eingespannt zu werden, auch wenn ihnen heute wohl nichts anderes übrig bleiben wird, als den von Wilson unterzeichneten neuen Dreibundvertrag anzunehmen. Ohne eine scharfe Kritik wird das nicht abgehen. Aber auch der Nationalstolz der Franzosen wird nicht ganz befriedigt sein von der Tatsache, daß ihnen zwei Schutzmächte zuteil werden. Ganz und gar frei bleibt aber die Frage, wer tritt für das Deutsche Reich ein, wenn wir ohne unser Verdrüben mit einem Angriff bedroht werden? Sollte das vollständig unmöglich sein oder sollen wir vogelfrei mit unserer Zukunft-Heeresmacht von 100 000 Mann bleiben? Vielleicht spricht man über diesen Punkt noch einiges in Weimar.

Wm.

Erzbergers Finanzprogramm.

Weimar, 8. Juli. In der Nationalversammlung wurde heute die 1. Lesung der Steuervorlagen mit einer programmatischen Rede des neuen Finanzministers Erzberger eingeleitet.

Im Eingange seiner eingehenden Darlegungen erklärte der Minister, es gebe jetzt nur eine Aufgabe, für die Gesamtheit: aufzubauen, was der unselige Krieg zerstört habe, und eine neue finanzielle Grundlage für die unermeßlich großen Verpflichtungen zu schaffen, die uns der Krieg und sein unglücklicher Ausgang auferlegt haben. An alle Parteien gehe sein Aufruf zur Mitarbeit Voraussetzung für den Neuaufbau des Reiches sei eine grundlegende Finanzreform.

Der Staatsbankrott

bringt keine Rettung. Denn Staatsbankrott sei heute Volksbankrott im Innern und nehme Deutschland im Ausland jeden Kredit. „Die Ratschläge auf Annullierung der Kriegsanleihe oder Verkündung des allgemeinen Bankrotts mache ich nicht mit.“ Ehrene Pflicht der Reichsfinanzverwaltung sei es, die ganzen Kräfte dafür einzusetzen, daß der Zinsendienst der Kriegsanleihe geleistet werden kann.

Gerechte Steuern müssen die Ueberkapitalisierung eines Volkes verhindern. Das Kapitaleinkommen müsse eine erhebliche Vorbelastung vor dem Arbeitseinkommen tragen. Ein guter Finanzminister sei der beste Sozialisierungsminister. Erste Sozialisierung tue uns bitter not.

Erzberger setzte sich in seinen weiteren Ausführungen mit dem ehemaligen Vizekanzler und

„Leichtfertigkeiten“ aller Finanzminister, Staatsminister Helfferich, auseinander.

Der Minister verbreitete sich dann über die Erbschaftsteuer und die große Vermögensabgabe, die er als die ersten Schritte auf dem Wege der Sozialisierung bezeichnete, und ging die weiteren Steuervorlagen durch. Neue Steuervorlagen würden kommen — teilweise noch in diesem Monat — so die große einmalige Vermögensabgabe und die große Umsatzsteuer. Die breiten Massen des Volkes warten seit der großen staatlichen Umwälzung auf das große Opfer der besitzenden Massen. Grundlegende Systemänderungen in der Steuerverwaltung würden baldigt der Nationalversammlung unterbreitet. Am Schluß seiner Programmrede bezeichnete der Minister als Grundgedanken der neuen deutschen Republik das Wort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“. Steuern würden nur durch unermüdete Arbeit gebracht. Der Minister bezeichnete sich selber als einen Mann der Arbeit. Daß er dies sei, werde ihm keiner seiner politischen Gegner bestreiten.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Zur Ausführung des Friedensvertrages. Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Freiherr v. Persner, übermittelte Clemenceau eine Note, worin ausgeführt wird: „Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst, nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über die besetzten Gebiete zu ratifizieren sind. Sollten die Alliierten und assoziierten Regierungen auch die Ratifikation des Protokolls und der Vereinbarung beabsichtigen, so würde dies auch deutscherseits geschehen. Abdann müßte wohl für den Friedensvertrag und das Protokoll eine gemeinsame Ratifikationsurkunde und für die Vereinbarung eine zweite Ratifikationsurkunde ausgearbeitet werden.“ Ministerpräsident Clemenceau antwortet darauf, die Ratifizierung müßte sich auf sämtliche Akte, die ein Ganzes bilden, beziehen, also auf den Friedensvertrag selbst, das Protokoll und die Vereinbarung betreffend die Befestigung der Rheinlande. Diese Dokumente bilden die Friedensbedingungen und seien eines von dem andern untrennbar. Aus diesen Gründen könnten die drei Akte nur als ein einziges Ratifikationsinstrument angesehen werden.

Clemenceau zu Besprechungen bereit! Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zum Abkommen über die besetzten Gebiete erfährt, hat trotz grundsätzlicher Annahme das auswärtige Amt wegen der ungewöhnlichen Härten des Abkommens nochmals Clemenceau Verhandlungen